

Franz Walter

SPD – wohin?

Wieder einmal vagabundiert die mediale Formel von der »schlimmsten Krise der SPD« durch die Interpretationslandschaft. In der Tat sind die Probleme, welche die SPD drücken, mittlerweile Legion. Die alte Massenpartei, deren einstiger Stolz die kollektiven Großbataillone an anhänglichen Mitgliedern und jederzeit mobilisierbaren Aktivisten waren, hat seit 1990 mehr als 400.000 Mitglieder verloren, ist dadurch auf den Umfang der früheren christdemokratischen Honoratiorenorganisation geschrumpft – ein historischer Wendepunkt in der Geschichte politischer Organisationskulturen.

Franz Walter

(* 1956) ist Professor für Parteienforschung an der Universität Göttingen.

In Kürze erscheint von ihm bei Suhrkamp das Buch: *Baustelle Deutschland, Politik ohne Lagerbindung.*

fwalter1@gwdg.de



Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik stellt die SPD lediglich in einem Flächenland noch (mit Kurt Beck) den Ministerpräsidenten, der als gegenwärtiger Bundesvorsitzender seiner Partei aber über Monate ohne Fortune agierte, was sich zunehmend negativ auch auf seine Heimatposition auswirkt. In den prosperierenden modernen Regionen der Republik ist die früher robuste Mitglieder- und Organisationspartei erheblich beschädigt, längst nicht mehr mehrheitsfähig.

Moderne Honoratiorenpartei der neuen Mitte

Und radikal entkoppelt haben sich inzwischen die Lebenswelten von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Noch in den 50er und 60er Jahren war es in der SPD

Usus, bei Wahlen prominente Gewerkschafter auf einen der vordersten drei Plätze der Landesliste zu setzen. Doch ist der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in der Truppe von Peter Struck gegenüber der Regierungszeit von Helmut Schmidt um 25 Prozentpunkte zurückgegangen. Auch der lokale Betriebsrat ist nicht mehr zugleich stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied der Stadtratsfraktion der SPD. Friktionen hat es zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten historisch immer wieder gegeben. Aber die heillose Entfremdung, wie sie sich seit 1999 entwickelt hat, ist geschichtlich neu. Was einst sicheres Vorfeld der Sozialdemokraten war, scheint in Teilen zum Rekrutierungsfeld und Kadenschmiede der *Linken* zu werden.

Beschleunigt hat sich dieser Entfremdungsprozess bekanntlich seit dem Frühjahr 2003, als der damalige Bundeskanzler Schröder seine *Agenda 2010*-Reformen zur Entschlackung der altbundesdeutschen Sozialstaatlichkeit verkündete.

Die SPD transformierte sich dadurch. Ihre Kernklientel besteht nicht mehr aus Bergleuten, Zechenarbeitern, Maurern und Druckern. Im Grunde hat sich die SPD zur modernen Honoratiorenpartei der neuen

Mitte gewandelt. In diesem Prozess hat sich dann die klassische Parteiorganisation der früheren Unterprivilegierten in rasantem Tempo aufgelöst. In der Ära Schröder verloren die Funktionäre ihre frühere Bedeutung und Beachtung; Resignation und Rückzug waren die Folge.

Der Zerfall der Strukturen bedeutete zugleich die Erosion von Loyalität und Disziplin. In der klassischen SPD war selbstverständlich noch verbindlich, was in den zentralen Gremien der Partei beschlossen wurde. Darauf kann sich heute ein SPD-Vorsitzender keineswegs mehr sicher verlassen.

Die programmatischen Losungen der Sozialdemokraten des Jahres 2008 – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – spiegeln die Lektion allein aus den erfolgreichen Biografien sozialdemokratischer Aufsteiger der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära. Aber sie haben mit den neuen Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung durch Bildungsversagen in den mehrfach gebrochenen Lebenszusammenhängen des unteren gesellschaftlichen Drittels nichts zu tun.

Bildung ist ein falscher Trost

Seit einigen Jahren ist bei Sozialdemokraten gerade der »modernen« Façon die Formel von der »Chancengesellschaft« an die Stelle des alten Slogans vom »demokratischen Sozialismus« getreten. In ihren Papieren zu »Mehr Lebenschancen für mehr Menschen« wird nunmehr streng postuliert: »Alle Bildungspotenziale müssen ausgeschöpft werden. Dabei wird jedes heutige Kind, jeder einzelne junge Mensch in Zukunft als produktive Arbeitskraft, als Steuer- und Beitragszahler« ökonomisch in Rechnung gestellt. Denn: »Der Wohlstand und das Funktionieren unseres Landes hängen davon ab.«

Die niederländischen Politologen René Cuperus und Frans Becker sehen die mit-

teleuropäischen Gesellschaften gespalten in diejenigen Menschen, welche die Zukunft »umarmen« möchten und solche, die sich vor dieser Zukunft zutiefst fürchten, da sie ganz realistisch ahnen, dass ihnen die neue Gesellschaft außer lebenslanger Dürftigkeit nichts Gutes bringt.

In der Chancengesellschaft verstehen sich die Chancenbefähigten nicht mehr als kollektive Akteure, sondern als individuelle Jäger um die Beute des sozialen Aufstiegs, des Prestigeertrags, der materiellen Zusatzgratifikation. Die Chancengesellschaft dieser Prägung konterkariert so Zugehörigkeiten und Solidarität. Die SPD war folgerichtig die erste Partei, welche die selbstproduzierte Erosion von Loyalität, elektoral massiv zu spüren bekam.

Denn im Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft hat sich im Kampf um Chancen über Bildung eine erbarmungslose Rivalität aufgetan. So wird mehr und mehr deutlich, dass die Kategorie der »Chance« keineswegs die Klassiker der »sozialen« oder »solidarischen Gesellschaft« abzulösen vermag – wie es die »modernen Sozialdemokraten« gern hätten. Auch wenn z.B. das untere Fünftel durch Frühförderung und Ganztagschulen künftig chancenfähig gemacht würde – was unzweifelhaft das Ziel jeder demokratischen Gesellschaft zu sein hat – entsteht dadurch allein noch keineswegs eine gute, gerechte, zivile, komunitäre Gesellschaft. Im Gegenteil: Der offene Zugang zu Chancen in einer ansonsten *gleichbleibenden* Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen, Machthierarchien und Klassenunterschieden wird zu einem Ringkampf um privilegiert angesiedelte Positionen führen. Bildung ist die Heilsvision säkularer Gesellschaften, so der Wiener Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann, »die weder auf religiöse Transzendenz noch auf revolutionäre Immanenz setzen können; Bildung war so von Anfang an ein Motor für die Modernisierungsschübe, gleichzeitig aber auch ein falscher Trost für schamlos so genann-

»Wir brauchen einen servicebasierten Wohlfahrtsstaat«, so Esping-Andersen. »Und wir brauchen mehr Jobs am unteren Ende der Lohnskala, wenn es weniger Hausfrauen und mehr berufstätige Mütter gibt.« Das wurde dann zur neosozialdemokratischen Legitimation der »Home Help Corps« (*Michael Young*) des 21. Jahrhunderts, was die »demütigenden Bedingungen der alten Dienstbotengesellschaft wiederaufleben lässt«, wie es der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem Buch *Postdemokratie* formuliert hat.

Nicht mehr »alte SPD« spielen

Eigentlich kein Wunder, dass daher die bildungsfremden »Unterschichten« nicht mehr mitmachen, da für sie im besten Fall allein die Abstellkammer und der Katzentisch der neuen Dienstbotenklasse bleibt. Doch andererseits können die neuen Sozialdemokraten des Jahres 2008 auch nicht mehr »alte SPD« spielen. Für eine Kehrtwende hat sich die SPD – sozial, personell, programmatisch – zu sehr und unter allzu großen Schmerzen verändert. Die gewandelte SPD ist jetzt eine gemäßigt soziale, gemäßigt linksliberale, gemäßigt kosmopolitische Partei der gemäßigt halblinken Mitte der deutschen Gesellschaft. Die Schröder- und erst recht die Post-Schröder-Partei ist zur politischen Agentur ressourcenstarker Arbeitnehmer in der Mitte der marktförmig strukturierten Wissensgesellschaft geworden.

Es war notwendig, die traditionelle und fatale Kluft in der Partei zwischen Phrase und Praxis zu schließen, Rhetorik und Tun zu synchronisieren. Der frühere programmatische Traum von einer ganz anderen, besseren, konfliktfreien Gesellschaft blamierte jede Regierungspraxis, ließ die exekutiven Anstrengungen – gleichviel ob unter Philip Scheidemann, Hermann Müller, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder zuletzt Gerhard Schröder –

te Modernisierungsverlierer, die, weil ohne Bildung, damit auch an ihrem Schicksal selber Schuld waren.« Denn nun gelten Bildungsabständige als »gerecht« gescheitert, weil sie im »fairen Chancenwettbewerb« versagt haben, also selbst für ihr negatives Schicksal verantwortlich sind, genauer: gemacht werden.

Es war eben nicht zufällig, dass SPD-Modernisierer eine Zeit lang gern den dänischen Soziologen Gøsta Esping-Andersen als programmatischen Stichwortgeber für ihre Pläne ins Feld führten. Esping-Andersen sprach sich dezidiert für eine massive Dehnung des Niedriglohnssektors aus – und zwar vor allem zugunsten von chancenutzenden Eltern mit hoher Qualifikation, die erschwingliche Dienstleistungen benötigten, um Berufstätigkeit und Kinderaufzucht synchron zu arrangieren.

als ungenügend erscheinen. Das führte über etliche Jahrzehnte zu dem chronischen sozialdemokratischen Frust und produzierte regelmäßig parteipolitische Neubildungen und Abspaltungen.

Die SPD hat somit den soziologischen und ideologischen Wandel hinter sich. Sie muss es sich nur noch eingestehen und sich dazu auch selbstbewusst bekennen. Insofern war es geradezu Harakiri, sich die Zielprojektion des »Demokratischen Sozialismus« auf dem letzten Parteitag abermals und fast triumphalistisch ins Programm zu schreiben. Denn schließlich: Die SPD ist alles andere als eine Partei irgendeines Sozialismus. Sie glaubt nicht an historische Subjekte und geschichtliche Endziele, an den Mythos der Arbeiterklasse, an eine radikal alternative Form der Produktion, Verteilung, Planung.

Koalitionspolitisch optimal platziert – im Prinzip!

Das hat die SPD im Grunde ehrlicher, ja homogener gemacht. Und zumindest bei den letzten Bundestagswahlen wurde deutlich, dass die SPD in der arbeitnehmerischen Mitte, bei Angestellten und Facharbeitern, infolgedessen besser platziert war als die Union. Auch hatte die SPD, im Unterscheid zur anderen Volkspartei, ein vergleichsweise ausgewogenes Verhältnis zwischen den Wählern in Ost und West, von jung und alt. Auch dadurch wirkte sie fraglos stärker als die Partei der Mitte. Und sie stand im Zentrum des Parteien- und Parlamentssystem – und könnte diese Position im Prinzip problemlos halten. Das ist der Unterschied zu den 50er Jahren, als die SPD als Partei der parlamentarischen Linken bei einem ähnlichen, teils gar besseren Stimmenanteil bündnispolitisch gänzlich isoliert war. Heute ist sie koalitionspolitisch – nochmals: im Prinzip! – optimal platziert. Es ist angesichts dieses Orts gleich, ob man 25 % oder 30 %

der Stimmen bekommt. Man muss das Potenzial nur nutzen, darf nicht in den Jammer über bessere volksparteiliche Zeiten verfallen.

Auch hatte die SPD bei den Bundestagswahlen 2005 in allen Jahrgängen, bei einigen der letzten Regionalwahlen in mehreren Altersgruppen unterhalb des Rentenalters die Nase vorn. Bei den Jungwählern schnitt sie gar mit 12 Prozentpunkten besser ab als die gegnerische Volkspartei. Bemerkenswert ist ihr Zuspruch vor allem bei den jungen und mittelalten akademischen Frauen – zweifelsohne eine zentrale Gruppe der Wissensgesellschaft von morgen. In den urbanen Zentren der Republik wiesen die Sozialdemokraten 2005 einen Vorsprung von 11,5 Prozentpunkten vor der CDU/CSU aus; im Dienstleistungsbereich übertraf die SPD die Union mit 8,1 Prozent.

»Entlastung« durch die Linkspartei

Doch gerade wenn man den Weg einer Partei der neuen Mitte konsistent und unverklemmt fortsetzen will, braucht man ein ebenso kührealistisches Verhältnis zu einer Partei links von sich selbst. Denn schließlich profitiert auch eine Mitte-Links-Partei von einer politischen Kraft, die dem bürgerlichen Lager oder einem Rechtspopulismus die Unterschichten nicht überlässt, wie das in den Jahren 2003/04 im Westen der Republik zum Nutzen der CDU in den Bundesländern der Fall war. Denn eine SPD der neuen Mitte ist zur Integration des unteren Fünftels der Gesellschaft nicht mehr in der Lage.

Kurzum: Die Neue-Mitte-SPD kann ihre Politik nur dann zielstrebig verfolgen und politisch gegen die CDU/CSU zum Erfolg führen, wenn eine intakte, kampagnenstarke, gut geführte, populistisch raffinierte *Linkspartei* die zurückgebliebenen und sozial frustrierten Unterschichten

sammelt und eine Merkel-Westerwelle-Koalition dadurch weiterhin allein arithmetisch unmöglich macht. Eine solche *Linkspartei* wäre, wenn die Sozialdemokraten endlich den Mythos der »Einheit der allein sozialdemokratisch legitimierten Arbeiterbewegung« aufgäben, eine Entlastung für einen Modernisierungskurs der »neuen Mitte«.

Natürlich, das wird nicht strikt auf eine rot-rot-grüne Mehrheit gegen Union und Freidemokraten hinauslaufen – und das nicht nur aus Perspektive der SPD. Auch *Die Linke* kann nicht im raschen Tempo zum braven Koalitionspartner derjenigen werden, gegen deren Politik sie sich überhaupt erst konstituiert hat. Soweit wird es 2009 noch nicht kommen. Aber allmählich wird sich das ändern, wie man in all solchen Ländern beobachten konnte, die schon seit mehreren Jahrzehnten mit linkssozialistischen Sozialstaatsparteien

einer vor allem öffentlich bediensteten Mitte zu tun haben. Die Linksparteien dort sind keineswegs dominant Protestformationen der Marginalisierten und Randständigen postindustrieller Gesellschaften. In den Reihen der Linkssozialisten befinden sich neben diesen Gruppen etliche Hochgebildete, gut qualifizierte Sozial- und Humandienstleister mittlerweile eher fortgeschrittenen Alters, daneben durchaus ebenfalls überraschend viele Selbstständige. Selbst in Deutschland begegnet die Mehrheit der Bevölkerung der *Linken* weit weniger hysterisch als Medienleute und Repräsentanten des übrigen Parteiestablishments. Gerade eine realpolitische, nüchtern operierende Partei der »neuen Mitte« sollte sich behutsam, aber unverdrückt der Koalitionsmöglichkeiten bedienen, die sich im parlamentarischen Zentrum eben nicht nur zur einen Seite hin bieten.

Ernst Hillebrand

Die Grenzen des skandinavischen Modells

Warum wählen die skandinavischen Wähler die Konservativen, wenn sie doch auch die beste Sozialdemokratie der Welt an der Regierung haben könnten? Die Antwort auf diese Frage ist nicht ganz uninteressant auch für den Rest der europäischen Linken. Wenn die skandinavischen Sozialdemokraten keine Wahlen mehr gewinnen können – wer dann?

Ernst Hillebrand

(* 1959) ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ernst.Hillebrand@fesparis.org



navischen Modell«. Hohe soziale Sicherheit kombiniert mit hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit, hohe Frauenerwerbsquote bei hoher Geburtenrate, exzellente PISA-Ergebnisse und hohe soziale Mobilität: Wer, bitteschön, bietet mehr?

Und trotzdem: Auch in Skandinavien, wie im Rest Europas, verlieren Sozialdemokraten in den letzten Jahren Wahlen. Nur noch in Norwegen stellen sie den Regierungschef; in Finnland sind sie Juniorpartner einer Großen Koalition, in Schweden und Dänemark sind sie in der Opposition.

Erfolgreich scheitern: In ganz Europa orientiert sich die linke Mitte am erfolgreichsten Modell sozialdemokratischer Regierungspraxis weltweit, dem »skandi-